

Auswertung EU Proposals zum EU Grids Package und Umwelt-Omnibus

Änderungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 (RED)
Verordnung zur Beschleunigung von Umweltprüfungen

Bewertung und Forderungen des BWE

Januar
2026



Inhalt

1	Einleitung	3
2	Das Wichtigste in Kürze	3
	2.1 Vorschlag für Änderungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 (RED) – EU Grids Package	3
	2.2 Vorschlag für eine Verordnung zur Beschleunigung von Umweltprüfungen – EU Umwelt-Omnibus	5
3	Vorschlag für eine Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001 (RED) – EU Grids Package	7
4	Vorschlag für eine Verordnung zur Beschleunigung von Umweltprüfungen – EU Umwelt-Omnibus	26
	Impressum.....	46

1 Einleitung

Mit dem [European Grids Package](#) veröffentlichte die Europäische Kommission am 10. Dezember 2025 einen Vorschlag um die Netzinfrastruktur an die Erfordernisse eines erneuerbaren, dezentralen und zunehmend elektrifizierten Energiesystems anzupassen. Eine leistungsfähige Netzinfrastruktur ist wesentlicher Bestandteil für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie Batterie- und Energiespeichersystemen. Im Rahmen dieses Pakets sind unter anderem auch Anpassungen der EE-Richtlinie (RED) (Richtlinie (EU) 2018/2001) geplant. Diese betreffen Gebietsausweisungen, Genehmigungsverfahren und deren Digitalisierung, Bürgerbeteiligung und das Repowering.

Mit dem [EU Umwelt Omnibus \(Environmental Omnibus\)](#) hat die Europäische Kommission am 10. Dezember 2025 ein Vereinfachungspaket vorgelegt, um unnötige administrative Verpflichtungen abzuschaffen und die Bereiche Industrieemissionen, Kreislaufwirtschaft, Umweltprüfungen und Geodaten weniger komplex zu gestalten. Teil dieses Pakets ist eine *Verordnung zur Beschleunigung von Umweltprüfungen*. Betroffen sind die Strategische Umweltprüfung (SUP), die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), die Natura2000-Prüfung (FFH und Vogelschutz) und wasserrechtliche Prüfung. Diese soll den Verwaltungsaufwand reduzieren, indem kombinierte Prüfungen und zügige Verfahren mit festen, knappen Fristen vorgesehen sind. Durch Digitalisierung und Errichtung einer Umweltdatenbank sollen Genehmigungsprozesse weiter beschleunigt werden.

2 Das Wichtigste in Kürze

2.1 Vorschlag für Änderungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 (RED) – EU Grids Package

Wir begrüßen:

- die Klarstellung in Art. 15c (6), dass Mitgliedstaaten sich bemühen keine Gebiete auszuweisen, in denen sich faktisch keine EE-Vorhaben realisieren lassen.
- die vollständige Digitalisierung des Genehmigungsprozesses in einem *single digital portal*. Der BWE fordert bereits die Einrichtung einer bundesweiten digitalen Umweltdatenbank (siehe Vorschlag Art. 10 (3) Regulation on speeding-up environmental assessments (COM(2025) 984)), welche dann mit dem Portal verknüpft werden kann.
- die Löschung von Art. 16b (2) Satz 3 unter der Bedingung, dass zugleich die Regelung des Art. 8 der Verordnung ... (COM(2025) 894 final) eingeführt wird.
- die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren außerhalb von Beschleunigungsgebieten (Art. 16b (3) Richtlinie (EU) 2018/2001), insbesondere die Genehmigungsfiktion bei Nichteinhaltung der 2-Jahres bzw. 12 Monatsfrist bei Repowering-Projekten.
- die Änderungen in Art. 16c (2) zum Repowering und insbesondere die Deltaprüfung der Umweltauswirkungen in Art. 16c (4). Wir begrüßen die Klarstellung, dass funktional und technisch zwingend mit dem Repowering verbundene Flächenanpassungen vom

Anwendungsbereich der Ausnahme umfasst sind und nicht zur Auslösung zusätzlicher Prüfpflichten führen.

- die Streichung der Beschränkungsmöglichkeit der Mitgliedstaaten auf bestimmte Technologien und Teile ihres Gebiets (Löschung von Art. 16f) und die Ergänzung des überragenden öffentlichen Interesses um die Priorisierung in Abwägungsentscheidung und die Durchsetzung gegenüber anderen Belangen. Damit wird der nationalen Umsetzung, die kein überragendes öffentliches Interesse für WEA nach Erreichen der Flächenziele vorsieht, ausdrücklich entgegengewirkt. Zudem kann dies einen positiven Einfluss auf verbundene Anlagen wie Speicher und Ladeinfrastruktur sowie die Netze haben, die untrennbar mit der Windenergieerzeugung verbunden sind.
- die Klarstellung der zumutbaren Alternativstandorte und Umsetzung von Kohärenzsicherungsmaßnahmen in Art. 16g.
- die klaren Fristen für die Genehmigung bei Stand-Alone-Speichern.
- die Deltaprüfung bei der Umweltverträglichkeit von Hybridprojekten.
- die Bestimmung der Verfahrensdauer für Netzanschlüsse bei Repowering auf 3 Monate sowie grundsätzlich auch die Regelungen zur Annahme eines Netzanschlussbegehrens und der Netzanschlussvereinbarung.
- Wir begrüßen die Verpflichtung zur Annahme der Netzanschlussanfrage mit den begrenzten Ausnahmen und die Einschränkungen beim Abschluss einer Netzanschlussvereinbarung.

Wir kritisieren:

- Einrichtung des *independent facilitator* als zwingende Verpflichtung für die Bürgerbeteiligung bei über 10 MW Projekten. In Deutschland bestehen bereits etablierte Beteiligungsformen und -vorgaben. Diese Regelung birgt die Gefahr einer unnötigen Überregulierung mit der Folge von zu unnötigem bürokratischen und finanziellem Aufwand, der letztlich Projekte verzögern könnte.
- In Art. 16f die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, die Vermutung des überragend öffentlichen Interesses aus Denkmalschutzgründen auszuschließen, da dies den Abwägungsvorrang der Erneuerbaren Energien unterlaufen und Windenergievorhaben erneut erheblich blockieren würde.
- dass der Netzanschlussbetreiber die Möglichkeit ein Netzanschlussbegehren abzulehnen (Art. 17 (3)). Dies sollte auf den Fall der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit beschränkt sein.
- dass die Genehmigungsfiktion des Art. 17 (4) nicht für den Netzanschlussantrag bei Repowering Vorhaben von Wind iSv Art. 16c gilt.

Wir regen an:

- in Art. 15c (6) explizit klarzustellen, dass über die Umweltgründe hinaus auf andere Gründe wie z.B. Luftverkehr, Militär, technische Infrastruktur etc. erweitert wird. Zudem die Klarstellung, dass es sich um mehr als eine „Bemühensklausel“ handeln sollte.
- die Genehmigungsfiktion in Art. 16b (3) auch auf naturschutzrechtliche Entscheidungen auszuweiten, da diese häufig außerhalb von Beschleunigungsgebieten die Verfahren verzögern.
- den *independent facilitator* nicht verpflichtend auszugestalten und / oder den Mitgliedstaaten Spielraum einzuräumen, ob und wie sie die Durchführung der Bürgerbeteiligung gewährleisten und ausgestalten.
- In Art. 16c (2b) klarzustellen, dass sowohl tatsächliche als auch rechtliche Änderungen – einschließlich planerischer Änderungen – vom Anwendungsbereich der Regelung erfasst werden.
- die Kriterien in Art. 16g (1) (Zeit-Kriterium und signifikant höheren Kosten) zu konkretisieren und Empfehlungen zur Auslegung in den Erwägungsgründen aufzunehmen.
- den Mitgliedstaaten bei den Entscheidungsmöglichkeiten des Netzbetreibers bei Netzanschlussanträgen mehr Spielraum zu belassen und zudem die Nichteinhaltung der Verfahrensdauer für den Netzanschluss zu sanktionieren (Art. 17).
- die Ablehnung des Netzanschlussbegehrens auf den Fall der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit zu beschränken und grundsätzlich einen Anspruch auf Netzanschluss zu verankern. Auch auf Unionsebene sollte – wie bereits auf nationaler Ebene – Pflichten für die Netzbetreiber ergänzt werden, dass ein Anschluss ermöglicht, z.B. durch Ausbau des Netzes oder Bau eines Umspannwerks, werden muss. (Art. 17 (3)).
- die Genehmigungsfiktion des Art. 17 (4) für den Netzanschlussantrag auf das Repowering von WEA iSv Art. 16c zu erweitern.

2.2 Vorschlag für eine Verordnung zur Beschleunigung von Umweltprüfungen – EU Umwelt-Omnibus

Wir begrüßen:

- den gesamten Vorschlag der EU Kommission, insbesondere
 - die Vermeidung von Doppelprüfungen (Art. 4);
 - den Zugriff für Planungsträger*innen auf Daten bereits durchgeführter Umweltprüfungen (Art. 4 Abs. 5);
 - die Beschränkung der UVP bei Änderungen, Erweiterungen oder Verlängerungen des Vorhabens (Art. 5);
 - den „Paradigmen-Wechsel“ durch die Regelung, dass Tötungen oder Störungen von geschützten Arten (nach Vogelschutz- oder FFH-RL) nicht als vorsätzlich im Sinne dieser

Richtlinien gewertet werden, wenn angemessene und verhältnismäßige Minderungsmaßnahmen ergriffen wurden sowie das Abstellen auf die Auswirkungen auf die Population und nicht das Individuum (Art. 8).

- die Digitalisierung des Genehmigungsprozesses und die Schaffung einer Umweltdatenbank (Art. 10).

Wir kritisieren:

- die 60-Tage-Frist für die UVP-Vorprüfung. Die stellt eine Verschlechterung der aktuellen Rechtslage mit der 6-Wochen-Frist (42 Tage) in § 7 Abs. 6 UVPG dar (Art. 7).

Wir regen an:

- klarzustellen, auf welcher Ebene Umweltprüfungen zusammengefasst werden dürfen und dies auf die horizontale Ebene zu beschränken. Eine Zusammenfassung von Umweltprüfungen auf vertikaler Ebene, würde Planungs- und Zulassungsebene vermischen, wodurch die Gefahr bestünde, dass in der Planungsebene Anforderungen an die Umweltprüfung gestellt werden, die erst für die Zulassungsebene erforderlich sind. Dies könnte zu erheblichen Verzögerungen in der Planaufstellung führen (Art. 4).
- das Kriterium der „*likely to have significant effects*“ im Gesetzestext oder den Erwägungsgründen weiter zu konkretisieren (Art. 5).
- den Zeitpunkt der Geltendmachung von Einwänden im Verwaltungsverfahren näher zu definieren, z.B. durch Ablauf einer Einwendungsfrist. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Einwendungen erst kurz vor Erteilung der Genehmigung geltend gemacht werden. (Art. 6).
- die Begriffe „*best available technologies*“ und „*occasional killing or disturbance*“ im Gesetzestext oder den Erwägungsgründen zu konkretisieren. Zudem sollten Bewertungsmaßstäbe ergänzt werden, auf welcher (Daten-)Grundlage die Behörde die Minderungsmaßnahmen bewerten soll, denn in der Praxis fehlen häufig genau die Datengrundlagen zur Größe einer Population. Zudem sollte klargestellt werden, dass Maßnahmen zum Schutz eines Individuums nach dem rechtlichen status quo als populationsschützende Maßnahmen gelten oder welchen alternativen Maßnahmen in Frage kommen. (Art. 8)

3 Vorschlag für eine Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001 (RED) – EU Grids Package¹

Rot = gelöschte Vorschriften

Gesetzestext	Wesentliche Inhalte (deutsch)	BWE Einschätzung / Forderung
<p>Art. 2 Definitions</p> <p>(10b) ‘stand-alone energy storage’ means energy storage that is not combined with an energy-producing facility</p> <p>(10e) ‘hybrid plant’ means a renewable energy plant that combines multiple renewable energy technologies, or that combines one or more renewable energy technologies with energy storage</p> <p>(10f) ‘procedure for a grid connection permit’ means the procedure from the project developer’s complete request for a connection to the grid up to the system</p>		
<p>Art. 15c (6)</p> <p>Member States shall endeavour not to designate large areas where the installation of renewable energy plants and their related infrastructure is legally or de facto restricted due to environmental reasons, including protection of landscape, unless they can demonstrate that those types of plants and their related infrastructure would result in irreversible damage in the area which</p>	<p>Artikel 15c der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um eine Verpflichtung für die Mitgliedstaaten einzuführen, keine großen Gebiete auszuweisen, in denen die Errichtung von Projekten im Bereich erneuerbare Energien aus Umweltgründen, einschließlich des Landschaftsschutzes.</p>	<p>Dies stellt eine wichtige und begrüßenswerte Klarstellung gegenüber den Mitgliedstaaten dar, dass keine Gebiete ausgewiesen werden sollen, in denen sich Erneuerbare-Energien-Technologien faktisch nicht realisieren lassen. In den Beschleunigungsgebieten für Windenergie muss sichergestellt sein, dass sich die Windenergie tatsächlich durchsetzt, da es nicht nur um</p>

¹ Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council amending Directives (EU) 2018/2001, (EU) 2019/944, (EU) 2024/1788 as regards acceleration of permit-granting procedures, Art. 1 - Amendments to Directive (EU) 2018/2001 (COM(2025) 1007 final).

cannot be mitigated or compensated for during the environmental assessment pursuant to Directive 2011/92/EU and, where relevant, the appropriate assessment pursuant to Article 6(3) of Directive 92/43/EEC

die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen geht, sondern um praktische Auswirkungen auf den Ausbau von Erneuerbaren Energien. Das bedeutet, dass die Formulierung in Art. 15c (6) die Absicht der Richtlinie unterstreicht, dass großflächige „Verbotsgebiete“ für Erneuerbare-Energien-Technologien grundsätzlich nicht festgelegt werden dürfen – es sei denn, es gibt unwiderlegbare Beweise dafür, dass die Umsetzung der Projekte irreparable Schäden verursachen würde.

Der **BWE fordert**, dass die Klarstellung über die Umweltgründe hinaus auf andere Gründe wie z.B. Luftverkehr, Militär, technische Infrastruktur, Bodengrund, Steillagen erweitert wird. Dementsprechend müsste die Formulierung „*due to environmental reasons, including protection of landscape*“ gestrichen werden.

Es sollte zudem **klargestellt werden**, dass es sich hierbei um mehr als eine „Bemühensklausel“ handelt. Anstelle von „*shall endeavour*“ sollte eine verbindlichere Formulierung wie „***must not endeavour***“ verwendet werden, um eine klarere Verpflichtung für die Mitgliedstaaten zu formulieren. Diese Änderung würde nicht nur Neuausweisungen betreffen, sondern auch die Bestimmung von Tabukriterien. Eine

		<p>Klarstellung in diesem Zusammenhang wäre wichtig, um sicherzustellen, dass nicht nur neue Gebiete, sondern auch bestehende große Gebiete, die für den Ausbau erneuerbarer Energien geeignet sind, von pauschalen Einschränkungen betroffen werden (Konkret: „...<i>designate new and existing large...</i>“).</p> <p>Die beschleunigende Wirkung der RED III ergibt sich gerade aus der Einführung der Beschleunigungsgebiete, die einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Ausbauziele bis 2030 leisten sollen. Der BWE weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 15c RED III verpflichtet sind, bis spätestens 21. Februar 2026 in ausreichendem Umfang Beschleunigungsgebiete für eine oder mehrere Erneuerbare-Energien-Technologien auszuweisen. Zwar liegt die konkrete Ausgestaltung und der Umfang dieser Gebiete im Ermessen der Mitgliedstaaten; Ziel muss es jedoch sein, eine erhebliche Gesamtfläche sicherzustellen, die effektiv zur Verwirklichung der unionsweiten Ziele für erneuerbare Energien beiträgt (vgl. Artikel 15c Absatz 3 RED III).</p>
<p>Art. 15d (3) und (4)</p> <p>(3) Member States shall adopt measures to ensure that a share of the benefits of renewable energy projects with an installed capacity above 10 MW is passed on, directly</p>	<p>Artikel 15d der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um Maßnahmen für die Mitgliedstaaten einzuführen, mit denen sichergestellt wird, dass ein Teil der</p>	<p>Der BWE begrüßt grundsätzlich die Regelung zur Bürgerbeteiligung. Jedoch müssen verpflichtende Regelungen zur Bürgerbeteiligung verhältnismäßig sein und dürfen Projekte wirtschaftlich nicht unrentabel</p>

<p>or indirectly, to local citizens and communities in proximity to those projects.</p> <p>(4) Member States shall designate and finance an independent facilitator to promote dialogue between the project developer and the general public for renewable energy projects with an installed capacity above 10MW. The facilitator shall only intervene upon request by any of the relevant parties and shall:</p> <p>(a) facilitate public consultations, as necessary, including early consultations during the phase prior to the permit application;</p> <p>(b) engage to find solutions to address potential concerns raised by local communities.</p> <p>(c) ensure support and transparency in the choice of the type of benefit sharing measure, where relevant.</p> <p>Member States may set up a fee, paid by project developers, to finance the services of the facilitator.</p>	<p>Vorteile von Projekten im Bereich erneuerbare Energien an die lokalen Bürger und Gemeinden weitergegeben wird, sowie eine Verpflichtung zur Benennung und Finanzierung eines unabhängigen Vermittlers zur Förderung des Dialogs zwischen dem Projektentwickler und der Öffentlichkeit.</p>	<p>machen. Um dies zu garantieren sollte Abs. 3 noch um folgenden Satz ergänzt werden: „<i>Those measures shall be proportionate and designed in a way that promotes public support for projects without endangering their economic feasibility.</i>“</p> <p>Der BWE kritisiert die verpflichtende Einbindung eines Vermittlers für die Beteiligung der Lokalbevölkerung bei mehr 10 MW Projekten. Die Ausgangslage ist in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich und gerade in Deutschland sind lokale Beteiligungen bereits gängige Praxis und teilweise gesetzlich geregelt (§ 6 EEG oder Beteiligungsgesetze der Länder). Innerhalb des bestehenden Rahmens können Windenergieunternehmen bereits maßgeschneiderte, auf die Vor-Ort-Bedarfe abgestimmte Angebote umsetzen – denn die Branche möchte sich beteiligen. Der BWE warnt jedoch vor einer unnötigen Überregulierung. Wir sehen die Gefahr, dass der verpflichtende Einsatz eines Vermittlers zu unnötigem bürokratischen und finanziellem Aufwand führt, der letztlich (vor allem kleinere) Projekte noch verzögern könnte.</p> <p>Der BWE regt daher an den Einsatz eines Vermittlers nicht als Verpflichtung auszugestalten und / oder den</p>
--	---	---

		<p>Mitgliedstaaten mehr Spielraum bei der Umsetzung einzuräumen, um auf die nationalen Gegebenheiten entsprechend einzugehen (z.B. Festlegung einer eigenen MW-Grenze oder Anhebung der Grenze auf 50MW). Bistlang wurden im Rahmen der EU-Regulierung lediglich freiwillige Optionen (z.B. Energy Sharing oder Energy Communities) oder Toolboxes mit bewährten Verfahren als <i>unverbindliche Leitlinien</i> für die Mitgliedstaaten bereitgestellt. Dies bietet sich auch hier an.</p>
<p>Art. 16 (3)</p> <p>Die Antragsteller dürfen die einschlägigen Unterlagen in digitaler Form einreichen.</p> <p>Art. 16 (3a)</p> <p>Member States shall set up a single digital portal at national level for all the steps of the permit-granting</p>	<p>Artikel 16 der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um die Mitgliedstaaten zu verpflichten, auf nationaler Ebene ein einziges digitales Portal für alle Schritte der Genehmigungsverfahren für Projekte im Bereich erneuerbare Energien, Speicherung und Netze einzurichten. Dieses Portal wird auch Zugang zu allen Daten über Artenbeobachtungen und anderen Umwelt- und Geodaten haben, die von den zuständigen Umweltbehörden gemäß Artikel 10 Absatz 3 der Verordnung [Regulation on speeding-up environmental assessments (COM(2025 874), siehe</p>	<p>Es ist unklar, was mit der Pflicht ist, dass Mitgliedstaaten dafür sorgen bis zum 21. November 2025 alle Genehmigungsverfahren in elektronischer Form durchzuführen, passieren soll. Diese Regelung bleibt weiterhin bestehen und wurde von Mitgliedstaaten bereits umgesetzt. Unklar ist, ob diese Pflicht in einem widersprüchlichen Verhältnis zum einzuführenden single digital portal steht. Im Hinblick auf den von der Bundesregierung angestrebten Bürokratieabbau würde eine Löschung der Vorschrift eine hemmende Wirkung auf den Prozess der Digitalisierung der Genehmigungsverfahren nehmen.</p> <p>Der BWE begrüßt die dadurch entstehende Einheitlichkeit und Klarheit im Genehmigungsprozess.</p>

<p>procedures for renewable energy, storage and grid projects.</p> <p>Applicants shall submit permit applications and all relevant documents required for the permit-granting procedure only through the single digital portal. The single digital portal shall automatize the attribution of permit applications to the competent authorities, which shall process the relevant applications and documents in electronic form and interact with the applicants directly in the single digital portal.</p> <p>The single digital portal shall include features allowing the applicant to be informed about all steps of the permit-granting procedure, the status of the procedure and of the decisions of the relevant authorities, and to check compliance with the permit-granting deadlines set in this Directive. The single digital portal shall ensure access to the relevant environmental and geological data and decisions available in the single digital geographic information system-based portal referred to in Article 10(3) of Regulation [xxxxx] of the European Parliament and of the Council.</p> <p>The single digital portal shall publish annual statistical data regarding the duration of permit-granting procedures, clearly identifying the different steps of the</p>	<p>untent] des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>Die Digitalisierung der Prozesse ist dringend erforderlich und die Abbildung und Durchführung in <u>einem</u> Portal ist daher sehr begrüßenswert. Der BWE fordert bereits auf nationaler Ebene eine bundesweite digitale Umweltdatenbank, welche sich dann in das Portal integrieren lassen würde.</p>
---	---	---

<p>permit-granting procedure and their duration. This data shall be publicly available.</p> <p>The single contact point or points referred to in paragraph 3 shall have access to all relevant data and information available in the portal, in order to perform its duties.</p>		
<p>Art. 16b Abs. 2 Satz 3</p> <p>Wurden im Rahmen eines Projekts im Bereich der erneuerbaren Energie die erforderlichen Minderungsmaßnahmen getroffen, so gelten Tötungen oder Störungen der gemäß Artikel 12 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG und Artikel 5 der Richtlinie 2009/147/EG geschützten Arten nicht als absichtlich.</p> <p>Art. 16b (3)</p> <p>In the permit-granting procedure referred to in paragraph 1 and in paragraph 2, second subparagraph,</p>	<p>Artikel 16b der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um den Verweis auf die vorsätzliche Tötung oder Störung der Arten zu streichen, wenn notwendige Minderungsmaßnahmen getroffen wurden und um eine stillschweigende Genehmigung für das Genehmigungsverfahren außerhalb von Gebieten zur Förderung erneuerbarer Energien einzuführen.</p>	<p>Der BWE begrüßt die Löschung dieser Vorschrift <u>unter der Bedingung, dass die Einführung von Art. 8 der Verordnung ... (COM(2025) 984 final) erfolgt</u>. Nur so bleibt die europarechtliche Klarstellung der Absichtlichkeit erhalten bzw. wird sinnvollerweise vom Individuenschutz zum Populationsschutz umgestellt. Wird dies nicht sichergestellt, so kommt es zu einer Verschlechterung der aktuelle Rechtslage. Da sich diese Änderung der RED im EU Grids Package befindet und die Einführung von Art. 8 der Verordnung ... Teil des Umwelt-Omnibus ist, muss, selbst bei Einführung von Art. 8, sichergestellt werden, dass keine Zwischenphase existiert, in der diese Regelung wegen der Löschung von Art. 16b (2) 3 nicht mehr gilt.</p> <p>Der BWE begrüßt grds. die Genehmigungsfiktion und die Verfahrensdauerbegrenzung bei</p>

<p>Member States shall ensure that the lack of reply by the relevant competent authorities or entities within the established deadline results in the specific steps to be considered as approved, except for environmental decisions and grid connection permits, or where the principle of administrative tacit approval does not exist in the national legal system of the Member State concerned. All decisions shall be made publicly available, including final decisions granted tacitly.</p>		<p>Genehmigungsverfahren außerhalb von Beschleunigungsgebieten. Allerdings werden sich die praktischen Auswirkungen für die Beschleunigung jedoch in Grenzen halten, da gerade die naturschutzrechtliche Entscheidung in Genehmigungsverfahren außerhalb von Beschleunigungsgebieten häufig der Grund für die lange Verfahrensdauer ist. Da die Genehmigungsfiktion hierfür nicht greift, ist zu erwarten, dass die Wirkung in der Praxis begrenzt bleibt. Der BWE regt an die Genehmigungsfiktion auch auf naturschutzrechtliche Entscheidungen auszuweiten. Nur so kann verhindert werden, dass die Entscheidungsfindung durch die Umweltbehörden ohne Begrenzung herausgezögert wird.</p>
<p>Art. 16c (1) Führt das Repowering von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie nicht zu einer Erhöhung der Kapazität einer Anlage zur Erzeugung von erneuerbarer Energie um mehr als 15 %, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass Genehmigungsverfahren für Anschlüsse an das Übertragungs- oder Verteilernetz unbeschadet der Prüfung potenzieller Umweltauswirkungen gemäß Absatz 2 innerhalb von drei Monaten nach der Antragstellung bei der betreffenden Stelle genehmigt</p>	<p>Artikel 16c der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um spezifische Vorschriften aufzunehmen, die das Repowering trotz Änderungen der Landnutzung erleichtern und die Umweltanforderungen für das Repowering von Windenergieprojekten zu vereinfachen, wenn keine zusätzliche Landfläche genutzt wird.</p>	<p>Der BWE begrüßt die Neuregelungen zum Netzanschluss bei Repowering in Art. 17 und unterstützt damit die Löschung dieser Regelung.</p>

werden, sofern keine begründeten Sicherheitsbedenken bestehen und keine technische Inkompatibilität mit Netzkomponenten vorliegt.

Art. 16c (2b)

Member States shall ensure that a change in the status of the land where a renewable energy installation is placed does not prevent that installation from being repowered.

Der BWE bewertet die vorgesehene Regelung als **teilweise unklar**, da nicht hinreichend deutlich wird, welche Arten von Statusänderungen der Richtliniengeber erfassen möchte. Aus Sicht des BWE sollte daher ausdrücklich klargestellt werden, dass sowohl tatsächliche als auch rechtliche Änderungen – einschließlich planerischer Änderungen – vom Anwendungsbereich der Regelung umfasst sind. Eine solche Klarstellung ist von zentraler Bedeutung. In der Praxis stellen nachträgliche Änderungen etwa in der Raumordnung, im Naturschutz- oder Immissionsschutzrecht ein erhebliches Risiko für bestehende Standorte dar und können das Repowering von Altanlagen maßgeblich beeinträchtigen oder verhindern.

Die Regelung sollte die Möglichkeit der Weiternutzung bzw. Modernisierung vorhandener Windenergieanlagenstandortestärken und die dringend benötigte Investitions- und Planungssicherheit schaffen. Nur so leistet sie einen wesentlichen Beitrag zur Ausschöpfung des

<p>Art. 16c (4)</p> <p>Where the repowering of wind energy installations increases the total capacity of the installation without using additional land surface and complies with the applicable environmental mitigation measures established for the original wind energy installation, the project shall be exempt from any applicable requirements to carry out a screening process pursuant to Article 16a(4), to determine whether the project requires an environmental impact assessment pursuant to Article 4(2) of Directive 2011/92/EU or Article 5 of Regulation [xxxxx] of the European Parliament and of the Council, or to carry out an environmental impact assessment pursuant to Article 4(1) of Directive 2011/92/EU.</p>		<p>Repowering-Potenzials als kosteneffizientem Hebel zur Erreichung der Ausbauziele.</p> <p>Der BWE begrüßt grundsätzlich die vorgesehene Ausnahme von Screening- und Umweltverträglichkeitsprüfungspflichten für Repowering-Vorhaben, die ohne zusätzliche Flächeninanspruchnahme erfolgen und den für die bestehende Windenergieanlage festgelegten umweltrechtlichen Vorgaben entsprechen. Aus Sicht des BWE stellt dies einen zentralen Schritt zur wirksamen Beschleunigung von Genehmigungsverfahren dar.</p> <p>Gleichzeitig erscheint unklar, wie das Erfordernis einer fehlenden zusätzlichen Flächeninanspruchnahme auszulegen ist. Es bleibt offen, ob der Richtliniengeber die Ausnahme ausschließlich auf absolut standortgleiche Repowering-Vorhaben beschränken will oder ob auch Standortverschiebungen in begrenztem Umfang erfasst sein sollen, sofern die Gesamtflächeninanspruchnahme nicht zunimmt. Sollte erstere Auslegung maßgeblich sein, hätte die Regelung nur einen sehr eingeschränkten Anwendungsbereich und würde insbesondere für zahlreiche Repowering-</p>
---	--	---

		<p>Konstellationen nach § 16b BImSchG nicht zur Anwendung kommen.</p> <p>Zudem ist darauf hinzuweisen, dass Repowering-Vorhaben in der Praxis regelmäßig nicht vollständig ohne zusätzliche Flächeninanspruchnahme realisiert werden können. Moderne Anlagentypen erfordern häufig größere Kranstellflächen, temporäre Nebenanlagen sowie angepasste oder neu angelegte Zuwegungen. Insbesondere im Wald sind damit infrastrukturell bedingte Rodungen verbunden. Vor diesem Hintergrund bedarf es einer Klarstellung, dass funktional und technisch zwingend mit dem Repowering verbundene Flächenanpassungen vom Anwendungsbereich der Ausnahme umfasst sind und nicht zur Auslösung zusätzlicher Prüfpflichten führen.</p>
<p>Art. 16f</p> <p>Die Mitgliedstaaten können in hinreichend begründeten Einzelfällen die Anwendung dieses Artikels im Einklang mit den Prioritäten ihrer gemäß den Artikeln 3 und 14 der Verordnung (EU) 2018/1999 vorgelegten integrierten nationalen Energie- und Klimapläne auf bestimmte Teile ihres Hoheitsgebiets sowie auf bestimmte Arten von Technologie oder Projekten mit bestimmten technischen Eigenschaften beschränken. Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission über</p>	<p>Artikel 16f der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um die Möglichkeit für Mitgliedstaaten zu streichen, die Anwendung des überragenden öffentlichen Interesses einzuschränken, und um die Anwendung der Vermutung des überragenden öffentlichen Interesses auf Konflikte auszuweiten,</p>	<p>Der BWE begrüßt die Streichung dieser Vorschrift. Die Regelung, die den Mitgliedstaaten erlaubt hat, die Anwendung des Artikels in hinreichend begründeten Einzelfällen auf bestimmte Gebiete, Technologien oder Projekttypen zu beschränken. Dies stärkt die Verbindlichkeit der Richtlinienvorgaben und schafft ein klareres, einheitlicheres Regelungsniveau für alle Mitgliedstaaten.</p>

diese angewandten Beschränkungen, wobei auch die Gründe für diese Beschränkungen anzugeben sind.

Art. 16f

Until climate neutrality is achieved, Member States shall ensure that, in the permit-granting procedure, the planning, construction and operation of plants and installations for the production of energy from renewable sources, and their connection to the grid, the related grid itself, storage assets and recharging stations are presumed as being in the overriding public interest and, in such case, are given priority when balancing legal interests other than those referred to in the first paragraph. Member States may exclude the application of this presumption for the purpose of protecting culture heritage on the basis of legal criteria to ensure harmonized implementation.

bei denen die widerstreitenden Interessen über Umweltbelange hinausgehen.

Der **BWE begrüßt** die Ergänzung des Art. 16f und die damit verbundene Klarstellung, dass Vorhaben im überragenden öffentlichen Interesse auch zu einer bestimmten Abwägungsentscheidung führen sollen. Damit wird der nationalen Umsetzung, die kein überragendes öffentliches Interesse für WEA nach Erreichen der Flächenziele vorsieht, ausdrücklich entgegengewirkt. Diese Klarstellung könnte positiven Einfluss auf die Behördenpraxis haben. Besonders positiv ist, dass neben der eigentlichen Stromerzeugung auch Netze, Speicher und Ladeinfrastruktur einbezogen werden, da der erfolgreiche Ausbau der Windenergie untrennbar mit einer leistungsfähigen Infrastruktur verbunden ist.

Kritisch sieht der BWE hingegen die vorgesehene Möglichkeit der Mitgliedstaaten, die Vermutung des überragenden öffentlichen Interesses aus Gründen des Denkmalschutzes auszuschließen. Der Abwägungsvorrang der erneuerbaren Energien gilt bislang grundsätzlich auch gegenüber Belangen des Denkmalschutzes. Eine solche Einschränkung birgt die

		<p>Gefahr, dass Windenergievorhaben erneut in erheblichem Umfang durch den Denkmalschutz blockiert werden und die intendierte Beschleunigungswirkung der Regelung unterlaufen wird.</p>
<p>Art. 16g Absence of alternative or satisfactory solutions and implementation of compensatory measures for the purpose of Article 6(4) of Directive 92/43/EEC</p> <p>1. When assessing whether satisfactory alternative solutions to projects of renewable energy plants, the connection of such plants to the grid, the related grid itself and storage assets exist for the purposes of Articles 6(4) and 16(1) of Directive 92/43/EEC, Article 4(7), point (d), of Directive 2000/60/EC and Article 9(1) of Directive 2009/147/EC, the condition of having no satisfactory alternatives shall be fulfilled if there are no satisfactory alternative solutions capable of achieving the same objective of the project in question in terms of the development of the same renewable energy capacity through the same energy technology within the same or similar timeframe and without resulting in significantly higher costs.</p> <p>2. When implementing compensatory measures for projects of renewable energy plants, the connection of such plants to the grid, the related grid itself and storage</p>	<p>Artikel 16g wird in die Richtlinie (EU) 2018/2001 aufgenommen, um den Umfang der Bewertung zufriedenstellender Alternativlösungen und die Anforderung zur Anwendung von Ausgleichsmaßnahmen für die Zwecke des einschlägigen Umweltrechts der Union zu präzisieren.</p>	<p>Der BWE begrüßt die Klarstellung zu zumutbaren Alternativstandorten. Auf nationaler Ebene findet sich insbesondere für Wind bereits eine weitergehende Regelung in § 45b Abs. 8 BNatSchG, wann alternative Standorte zumutbar sind. Für Vorhaben außerhalb von Beschleunigungsgebieten sieht § 45b Abs. 8 Nr. 3 BNatSchG einen 20 km-Radius für den Alternativstandort vor. Dieser Radius ist nicht praxistauglich und muss deutlich geringer sein.</p> <p>Der BWE regt an, das Zeit-Kriterium und die signifikant höheren Kosten weitergehend zu konkretisieren und Empfehlungen zur Auslegung in den Erwägungsgründen aufzunehmen. Die Ausführungen hierzu im Erwägungsgrund 12 helfen der Auslegung nicht weiter. Über eine Konkretisierung des Zeitkriteriums könnte der Radius der Standortalternativenprüfung konkretisiert und der</p>

<p>assets, for the purpose of Article 6(4) of Directive 92/43/EEC, Member States may, in justified cases and where it can be reasonably demonstrated that the plan or project would not irreversibly affect the ecological processes essential for maintaining the structure and functions of the site and compromise the overall coherence of the Natura 2000 network before compensatory measures are put into place, allow for such compensatory measures to be carried out in parallel with the implementation of the project . Member States shall allow for those compensatory measures to be adapted over time in accordance with the precautionary principle, depending on whether the significant negative effects are expected to arise in the short, medium or long term.</p>		<p>bestehende 20 km-Radius idealerweise reduziert werden. Alternativ käme eine Ergänzung des Abs. 1 um ein konkretes räumliches Kriterium in Frage. Durch die Konkretisierung sollte idealerweise erreicht werden, dass vollständig andere Standorte gar nicht mehr in Betracht kommen können, sondern nur geringe örtliche Verschiebungen (Micro Siting) erfasst sind.</p> <p>Der BWE begrüßt die Möglichkeit und ausdrückliche Klarstellung, dass Kohärenzsicherungsmaßnahmen auch parallel zum Projekt umgesetzt werden können.</p>
<p>Art. 16h Permit-granting procedure for stand-alone energy storage other than hydrogen storage</p> <p>1. The permit-granting procedure for stand-alone energy storage, other than hydrogen storage, shall cover all relevant administrative permits to build, repower and operate stand-alone storage, including grid connection permits and, where required, environmental assessments and permits. The permit-granting procedure shall comprise all administrative stages from the acknowledgment of the completeness of the permit</p>	<p>Artikel 16h wird in die Richtlinie (EU) 2018/2001 aufgenommen, um das Genehmigungsverfahren für eigenständige Energiespeicher, mit Ausnahme von Wasserstoffspeichern, zu regeln.</p>	<p>Der BWE begrüßt den Vorschlag. Klare und verbindliche Fristen verbessern die Planbarkeit von Projekten erheblich und tragen dazu bei, dringend benötigte Speicherprojekte zu beschleunigen. Regelungen, die verhindern, dass Anträge durch den Netzbetreiber abgelehnt werden, wären eine sinnvolle</p>

<p>application to the notification of the final decision on the outcome of the permit-granting procedure by the relevant competent authority or authorities. Within 30 days of receipt of an application for a permit, the competent authority shall acknowledge the completeness of the application or, if the applicant has not sent all the information required to process the application, request that the applicant submit a complete application without undue delay. The date of acknowledgement of the completeness of the application by the competent authority shall serve as the start of the permit-granting procedure.</p> <p>2. Member States shall not require any administrative permit, including environmental ones, with the exception of grid connection permits, for the installation of stand-alone storage, other than hydrogen storage, with a total installed capacity of 100 kW or less. By way of derogation from Article 2(1) of Directive 2011/92/EU, the installation of that storage shall be exempt from the requirement applicable pursuant to Article 2(1) of that Directive, to carry out a dedicated environmental impact assessment. Member States shall restrict the application of this subparagraph in Natura 2000 areas and other areas under national protection schemes and cultural or historical heritage protected areas.</p>		Ergänzung (Verweis auf die Ausführungen zu Art. 17 Abs. 3).
--	--	---

<p>3. Member States shall ensure that the permit-granting procedures, including grid connection permits and, where required, environmental assessments, shall not exceed six months for stand-alone energy storage, other than hydrogen storage, with a total installed capacity above 100 kW. However, in the case of pumped hydropower storage, the permit-granting procedure shall not exceed two years.</p>		
<p>Art. 16j Permit-granting procedure for the hybridisation of renewable energy plants</p> <p>1. Where the hybridisation of a renewable energy power plant is subject to a screening process pursuant to Article 16a(4), to a determination whether the project requires an environmental impact assessment or to an environmental impact assessment pursuant to Article 4 of Directive 2011/92/EU, such a screening process, determination or environmental impact assessment shall be limited to the potential impact arising from the addition compared to the original project.</p> <p>2. In cases of change of the use status of land on which renewable energy projects are installed, Member States shall ensure that the operation and hybridisation of those renewable energy projects can still occur.’;</p>	<p>Artikel 16j wird in die Richtlinie (EU) 2018/2001 aufgenommen, um das Genehmigungsverfahren für die Hybridisierung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien zu regeln.</p>	<p>Der BWE begrüßt den Vorschlag, der die Bedeutung hybrider Projekte zu Recht unterstreicht. Die Genehmigung und Netzanbindung weiterer hybrider Erneuerbare-Energien-Anlagen ist ein entscheidender nächster Schritt in der Energiewende. Hybride Projekte ermöglichen eine sehr effiziente Nutzung der Netzkapazitäten und stabilisieren das Energiesystem, indem sie Schwankungen ausgleichen, bevor diese das öffentliche Netz erreichen. .</p>
<p>Art. 17 Procedures for grid connection permits</p>		

<p>1. Member States shall ensure that the procedures for the grid connection permit do not exceed:</p> <p>(a) one month for the solar energy equipment and co-located energy storage referred to in Articles 16d(2), the stand-alone energy storage referred to in Article 16h(2), and the recharging stations referred to in Article 16i(2);</p> <p>(b) three months for the installation of the solar energy equipment and co-located energy storage referred to in Article 16d(1), and the repowering or hybridisation of existing renewable energy plants referred to in Articles 16c and 16j, unless there are justified safety concerns or there is technical incompatibility of the system components or, if due to the size of the capacity increase, more time is required to carry out the assessment.</p> <p>2. Within the deadlines set out in Article 16a(1), Article 16b(1), and paragraph 1 of this Article, the system operator shall choose one of the following actions:</p> <p>(a) where there is sufficient capacity and the requested connection does not affect grid stability, reliability and safety, accept the requested grid connection and grant the connection,</p> <p>(b) where there is insufficient grid capacity, propose, where technically possible, a flexible connection</p>	<p>Artikel 17 der Richtlinie (EU) 2018/2001 wird geändert, um alle Bestimmungen zum Netzanschluss zu konsolidieren, ihren Anwendungsbereich zu erweitern und klare Regeln für die Verfahren zur Erteilung von Netzanschlussgenehmigungen einzuführen, einschließlich gezielter Fristen für den Anschluss bestimmter Projekte.</p>	<p>Der BWE begrüßt die Begrenzung der Dauer von Netzanschlussverfahren und die Pflicht des Netzbetreibers den Antrag auch zwingend innerhalb der Frist anzunehmen, wenn genügend Netzkapazität besteht. In Deutschland dauert die Bearbeitung von Netzanschlussbegehren durch den Netzbetreiber deutlich länger. Aktuell hat er eine Frist von 8 Wochen, um überhaupt erst mal auf den Antrag zu antworten, die jedoch in den seltensten Fällen eingehalten wird. Das Überschreiten der Frist wird bisher auch nicht sanktioniert (BWE fordert das).</p> <p>Der BWE begrüßt grds. die Regel, dass der Netzbetreibers die Anfrage an des Netzanschlussnehmers annehmen muss, wenn genügend Kapazität vorhanden ist. Die deutschen Regeln sehen hier aber noch weitergehende Pflichten und Möglichkeiten vor einen alternativen Netzanschlusspunkt und ggfs. sogar einen Netzausbau zu verlangen. Der BWE regt an diesen Spielraum den Mitgliedstaaten beizubehalten und dies in der Regelung klarzustellen. Die aktuelle Formulierung von Abs. 2</p>
---	---	--

<p>agreement in accordance with Article 6a of Directive (EU) 2019/944.</p> <p>3. Where a proposal for an agreement referred to in paragraph 2, point (b), is rejected by the project developer, the system operator shall, on justified grounds of safety concerns or technical incompatibility of the system components, propose an alternative grid connection point, an alternative provisional date for the grid connection, or, if not possible, reject the connection request.</p>		<p>suggeriert, dass diese Abweichungsmöglichkeit nicht mehr bestehen soll, was für die Praxis nachteilige Folgen hätte. Der BWE regt an bei Nichteinhaltung der Fristen Sanktionierungsmöglichkeiten für die Mitgliedstaaten vorzusehen.</p> <p>Der BWE begrüßt grds. die Möglichkeit eine flexible Netzanschlussvereinbarung abzuschließen, wenn nicht ausreichend Kapazität vorhanden ist. Die klaren Folgen bei Ablehnung der Netzanschlussvereinbarung durch den Anschlussnehmer sowie die Begrenzung der Ablehnungsgründe des Netzbetreibers und seine Pflichten Alternativen bereitzustellen (Abs. 3) sind gut, könnten wir für den Netzbetreiber auch noch stärker eingeschränkt werden, um die Ablehnung oder die dadurch faktisch zwingende Annahme der flexiblen Netzanschlussvereinbarung zu verhindern.</p> <p>Der BWE kritisiert, dass der Netzanschlussbetreiber die Möglichkeit hat aus den genannten Gründen das Netzanschlussbegehren abzulehnen. Nach der aktuellen Rechtslage in Deutschland ist dies faktisch nicht möglich; ganz ausnahmsweise im Fall von wirtschaftlicher Unzumutbarkeit (vgl. § 8 EEG). In Deutschland besteht ein Anspruch auf Netzanschluss. Der Netzbetreiber muss im Zweifel sogar seine Leitung</p>
--	--	---

<p>4. The lack of reply by the distribution system operator within the deadline established in paragraph 1, point (a), shall result in the connection permit being considered as granted, provided that the capacity of the solar energy equipment, the energy storage or the recharging stations does not exceed the available existing capacity of the connection to the distribution grid.</p>		<p>ertüchtigen oder ein neues Umspannwerk bauen und die Kapazität entsprechend erweitern, um Anschlussmöglichkeiten zu schaffen. Diese Regelung würde aktuell bestehende Ansprüche auf Netzanschluss unterlaufen.</p> <p>Der BWE regt daher an, dass auch auf Unionsebene eine Pflicht zum Ausbau des Netzes für den Netzbetreiber, um einen Anschluss zu ermöglichen ergänzt wird. Die Ablehnung des Begehrens soll nur in engen und eindeutig definierten Ausnahmefällen, wie wirtschaftliche Unzumutbarkeit, greifen.</p> <p>Der BWE kritisiert, dass die Genehmigungsfiktion der Netzanschlussanfrage nicht auch für das Repowering von WEA (Art. 17 Abs. 2 b)) gilt. Der BWE regt an diese auch für das Repowering von WEA zu ergänzen. Andernfalls ist die Möglichkeit der Sanktionierung bei Nichteinhaltung der Frist zwingend (s.o.).</p>
---	--	---

4 Vorschlag für eine Verordnung zur Beschleunigung von Umweltprüfungen – EU Umwelt-Omnibus²

Gesetzestext	Wesentliche Inhalte (deutsch)	BWE Einschätzung / Forderung
<p>Article 1 Scope</p> <p>This Regulation applies to environmental assessments and screening of plans, programmes and projects falling within the scope of Directives 2000/60/EC, 2001/42/EC, 2009/147/EC, 2011/92/EU and 92/43/EEC.</p>	<p>Die Verordnung gilt für Umweltprüfungen von Plänen, Programmen und Vorhaben, die unter die WasserrahmenRL, die SUP-RL, die VogelschutzRL, die UVP-RL und die FFH-RL.</p>	<p>Der BWE begrüßt die Rechtswahl der Verordnung und den Anwendungsbereich mit der Erfassung aller relevanten Richtlinien für Umweltprüfungen.</p>
<p>Article 2 Definitions</p> <p>1. For the purposes of this Regulation, the definitions in Directives 2001/42/EC and 2011/92/EU shall apply, except where a term defined in those Directives is defined otherwise in this Regulation.</p> <p>2. The following definitions shall also apply:</p> <p>(a) ‘reasoned conclusion’ means the opinion or decision of the competent authority finalizing its examination of the environmental effects of a project;</p> <p>(b) ‘scoping’ means the procedure to be carried out by the competent authority determining the scope and level of detail of the environmental information to be</p>	<p>Diese Bestimmung enthält Definitionen der in dem Vorschlag verwendeten Begriffe, wie z. B. „Scoping“ oder „Screening“, die in der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung und der Richtlinie über die strategische Umweltprüfung noch nicht definiert sind, um Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit der Verfahren zu gewährleisten.</p>	

² Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on speeding-up environmental assessments (COM(2025) 984 final).

<p>provided in the form of an environmental assessment report for the plan, programme or project;</p> <p>(c) 'screening' means the procedure to be carried out by the competent authority determining whether plans, programmes or projects are to be subject to an environmental assessment because of their likely significant effects on the environment.</p>		
<p>Article 3 Environmental single point of contact</p> <p>1. By [OP please insert – 6 months after the entry into force of this Regulation], Member States shall establish or designate environmental single points of contact at the relevant administrative level for environmental assessments. Each single point of contact shall be responsible for facilitating and coordinating all aspects of the environmental assessments under this Regulation, including for providing information on when an application is considered to be completed in accordance with Article 7 of this Regulation.</p> <p>2. Where a single point of contact is required for an overall permit-granting process pursuant to other Union or national legislation, the environmental single point of contact referred to in paragraph 1 shall be the same as the one established for that overall permit-granting procedure.</p>	<p>Diese Bestimmung regelt die Einrichtung von zentralen Anlaufstellen für Umweltfragen.</p> <p>Frühere und laufende Initiativen zielten darauf ab, die Mitgliedstaaten zur Einrichtung einer „einzigen Anlaufstelle“ (SPOC) zu verpflichten, und einige Mitgliedstaaten haben diese möglicherweise bereits auf eigene Initiative eingerichtet, um Projektentwicklern die Genehmigungsverfahren insgesamt zu erleichtern und zu koordinieren. Soweit diese Initiativen noch keine solche SPOC für das gesamte Genehmigungsverfahren vorsehen, wird mit dem Vorschlag eine einzige Anlaufstelle für Umweltfragen für alle Umweltprüfungen im Zusammenhang mit einem Projekt eingerichtet.</p>	

<p>3. Member States shall provide tools to help developers identify the appropriate established or designated contact point on the online portal set up in accordance with Article 10.</p> <p>4. The environmental single point of contact established or designated pursuant to paragraph 1 shall be the sole point of contact for the developer for the environmental assessments under this Regulation. It shall coordinate and facilitate the submission of all relevant documents and information and shall notify the project promoter of the outcome of the comprehensive decision.</p>		
<p>Article 4 Streamlining of environmental assessment procedures</p> <p>1. In the case of plans, programmes, or projects for which the obligation to carry out assessments of the effects on the environment or screening arises simultaneously from any two or more of the Directives referred to in Article 1(1), Member States shall establish a coordinated or joint procedure fulfilling all the requirements of those Directives.</p> <p>Under the coordinated procedure referred to in the first subparagraph, a competent authority shall coordinate the various individual assessments of the</p>	<p>Diese Bestimmung zielt darauf ab, die verschiedenen Umweltprüfungsverfahren zu straffen, die gemäß den EU-Rechtsvorschriften für ein und denselben Plan, dasselbe Programm oder dasselbe Projekt erforderlich sein können.</p> <p>Diese Bestimmung stellt sicher, dass bei Plänen, Programmen oder Projekten, für die eine Verpflichtung zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen oder einer Vorprüfung gemäß der Richtlinie 2001/42/EG, der Richtlinie 2011/92/EU, Richtlinie</p>	<p>Der BWE begrüßt diese Regelung. Eine koordinierte und zentrierte Prüfung der relevanten Umweltvorgaben kann unnötige Doppelprüfungen vermeiden und zu einer weitergehenden Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, insbesondere auch außerhalb von Beschleunigungsgebieten führen.</p> <p>Positiv bewertet der BWE die Zusammenfassung mehrerer</p>

<p>environmental impact of a particular plan, programme or project required by the relevant Directives.</p> <p>Under the joint procedure referred to in the first subparagraph, a competent authority shall provide for a single assessment of the environmental impact of a particular plan, programme or project required by the relevant Directives.</p> <p>2. Member States shall establish appropriate mechanisms for coordination and cooperation at strategic and project level among all their competent authorities involved in environmental assessments or screenings of plans, programmes or projects. Where a plan, programme or project is subject to a coordinated procedure for assessment under both Directives 2001/42/EC and 2011/92/EU, the procedural steps under those Directives shall be combined.</p> <p>3. In the case of plans, programmes or projects for which the obligation to carry out assessments of the effects on the environment arises simultaneously from two or more of the Directives referred to in Article 1(1), Member States shall issue one single opinion on the scope and level of detail of the information to be included in the environmental assessment report.</p>	<p>92/43/EWG des Rates, Richtlinie 2009/147/EG und Richtlinie 2000/60/EG erfolgt. Die Mitgliedstaaten wenden koordinierte oder gemeinsame Verfahren an, die alle Anforderungen dieser Rechtsakte der Union erfüllen.</p> <p>Damit wird den Bedenken der Interessengruppen Rechnung getragen, dass die Dauer der Genehmigungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ist, da einige Mitgliedstaaten die Umweltprüfungsverfahren so weit wie möglich kombinieren, während andere verlangen, dass ein Prüfungsverfahren abgeschlossen sein muss, bevor das nächste durchgeführt werden kann.</p>	<p>Umweltprüfungen in einer einzigen Prüfung sowie die Festlegung eines einheitlichen Prüfungsmaßstabs. Dies vermeidet Doppelprüfungen (Abs. 3).</p> <p>Gleichzeitig ist aus Sicht des BWE klarzustellen, dass die Zusammenfassung nur innerhalb der jeweiligen horizontalen Ebene gilt. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass Anforderungen der Zulassungsebene bereits auf die Planungsebene (z. B. Bauleitplanung oder Landesplanung) übertragen werden. Dies könnte dazu führen, dass wegen der umfangreichen Umweltprüfungen auf Planungsebene die Planaufstellung eher verzögert als beschleunigt wird. Planungsverfahren könnten sich über Jahre ziehen, wodurch die 5-Jahres-Frist für die Aktualität der Umweltdaten wiederum gerissen würde und dann auf Zulassungsebene doch erneut Datenerhebungen und Prüfungen notwendig würden.</p> <p>Der BWE begrüßt, dass Behörden und die Öffentlichkeit parallel beteiligt werden, sofern sichergestellt ist, dass die Öffentlichkeit alle relevanten Informationen hat (Abs. 4). Durch</p>
---	---	--

<p>4. Competent authorities shall consult the public concerned by the environmental decision-making procedure relating to a plan, programme or project subject to an assessment in accordance with paragraph 1 at the same time as they consult the authorities likely to be concerned by that plan, programme or project by reason of their specific environmental responsibilities or local and regional competences referred to in Article 6(2) of Directive 2001/42/EC and Article 6(1) of Directive 2011/92/EU.</p> <p>5. Member States shall ensure that the results of other relevant environmental assessments under Union or national legislation are made available to developers for their preparation of the environmental reports referred to in Article 5 of Directive 2011/92/EU within reasonable timelines, respecting the limitations with regard to commercial and industrial confidentiality, including intellectual property, data protection and the safeguarding of the public interest. When preparing an environmental assessment report, the developer of a project shall be allowed to use data or information as old as five years, provided that the data into the report take into account the site-specific conservation objectives of Natura 2000 sites where relevant, more recent data is not available, and the environmental</p>		<p>den parallelen Ablauf von Verfahrensschritten wird der gesamte Prozess beschleunigt.</p> <p>Der BWE begrüßt die Regelung in Abs. 5, dass Planungsträger*innen Zugriff auf bereits durchgeführte Umweltprüfungen erhalten sollen. Der BWE fordert bereits die Schaffung einer bundesweiten digitalen Umweltdatenbank mit perspektivisch auch Nutzungsrechten für Planungsträger*innen. Eine Umweltdatenbank erleichtert die Erhebung, Verarbeitung und Bereitstellung von umweltrelevanten Daten, insbesondere bei beschleunigten Genehmigungsverfahren wie bei § 6b WindBG. Für die Datenbank fordert der BWE, dass nur Daten aus bereits bestandskräftig abgeschlossenen Genehmigungsverfahren weitergegeben werden sowie Daten aus den letzten 4 Jahren (ab Zeitpunkt der Bestandskraft der Genehmigung) rückwirkend eingespeist werden. So können die Interessen der Vorhabenträger*innen während laufender Genehmigungsverfahren ausreichend geschützt werden. Wichtig ist ein Gleichlauf der eingespeisten Daten aus privaten Vorhaben</p>
--	--	---

<p>conditions in which the data were collected have not substantially changed in a way that is likely to influence the environmental impact assessment.</p>		<p>und durch Behörden bzw. beauftragten Dritten erhobenen Daten.</p>
<p>Article 5 Changes to projects</p> <p>1. Changes or extensions of projects, such as repurposing of pipelines or of industrial sites, and extension of their operation period and modifications to ensure decarbonisation, shall only be subject to screening by the competent authorities in order to determine if they are likely to have significant effects on the environment. Those changes or extensions shall be subject to an environmental assessment only where they involve major works that represent risks that are similar to or greater than, in terms of their effects on the environment, to those posed by the original project.</p> <p>2. For changes or extensions of projects which are likely to have significant effects on the environment in another Member State or where a Member State that is likely to be significantly affected so requests, the Member State in whose territory the project is intended to be carried out shall ensure that Article 7 of Directive 2011/92/EU is applied.</p>	<p>Diese Bestimmung stellt klar, wann Änderungen an Projekten eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden.</p> <p><u>Erwägungsgrund 22:</u></p> <p><i>While the Court of Justice of the European Union has consistently held that the wording of Directive 2011/92/EU indicates that it has a wide scope and a broad purpose, it has also considered that that Directive must be interpreted as not requiring that any project likely to have a significant effect on the environment be made subject to the environmental impact assessment provided for in that directive, but only those referred to in Annexes I and II of that Directive. In particular, the Court of Justice has held that certain extensions to projects falling under Annexes I and II of that Directive, do not, as such, fall under the projects categories covered by those provisions.</i></p>	<p>Der BWE begrüßt diese Einschränkung der UVP bei Änderungen oder Erweiterungen sowie die Verlängerung des Betriebs von Vorhaben darauf, dass sie nur bei umfangreichen Arbeiten, die ähnliche Umweltauswirkungen und Risiken bergen wie das Ursprungsvorhaben erforderlich ist (eine Art Deltaprüfung). Für die Weiternutzung oder das Repowering von Anlagen kann eine erneut erforderliche UVP den Genehmigungsprozess erheblich verzögern.</p> <p>Der BWE regt an das Kriterium der „likely to have significant effects“ im Gesetzestext oder den Erwägungsgründen noch weiter zu konkretisieren.</p>
<p>Article 6 Substantial preclusion</p>		

<p>In the context of judicial proceedings relating to environmental assessments within the meaning of this Regulation, Member States may preclude arguments from being raised before a court of law where they were not raised during the administrative stage, as long as the competent authority made available the necessary information in due time so that those arguments were known or could have been known and reviewed during the administrative stage leading to the authorisation of the project, without prejudice to the right of access to justice.</p>	<p>Diese Bestimmung sieht die Möglichkeit vor, dass die Mitgliedstaaten die Option einer wesentlichen Präklusion in Gerichtsverfahren einführen. Argumente, die nicht in der Verwaltungsphase vorgebracht wurden, können vor Gericht nicht geltend gemacht werden, unbeschadet des Rechts auf Zugang zu Gerichten.</p>	<p>Der BWE begrüßt diese Regelung. So können spätere Einwände in einem Gerichtsverfahren gegen den Plan oder das Vorhaben nicht mehr vorgebracht werden und diesen/dieses nicht verzögern. Der BWE regt an den Zeitpunkt der Geltendmachung im Verwaltungsverfahren noch näher zu definieren (z.B. durch den Ablauf einer Einwendungsfrist). Andernfalls besteht die Gefahr, dass Einwendungen erst kurz vor Erteilung der Genehmigung geltend gemacht werden.</p>
<p>Article 7 Duration of screening and environmental assessments</p> <p>1. Where a project falls within the scope of Directive 2011/92/EU Member States shall ensure that:</p> <p>(a) for projects subject to screening, the competent authorities carry out that screening within a period of maximum 60 days from the date that the developer has submitted all information required; for changes or extensions of projects referred to in Article 5 of this Regulation, that timeline shall be a maximum of 45 days;</p> <p>(b) for projects subject to an environmental assessment, the competent authority issues an opinion</p>	<p>Diese Bestimmung zielt darauf ab, maximale Fristen für die Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß den UVP- und SUP-Richtlinien festzulegen, um der allgemeinen Forderung nach einer Beschleunigung der Umweltprüfungen nachzukommen.</p>	<p>Der BWE begrüßt grds. die klaren zeitlichen Beschränkungen des Screenings und Fristen für bestimmte Verfahrensschritte.</p> <p>Zu a): Der BWE kritisiert die Frist von 60 Tagen für die UVP-Vorprüfung. Dies stellt faktisch eine Verschlechterung der aktuellen Rechtslage dar, denn derzeit muss die Behörde innerhalb von 6 Wochen, also 42 Tagen, feststellen, ob eine UVP notwendig ist oder nicht. (vgl. § 7 Abs. 6 UVPG). Diese Frist wird allerdings in der Praxis häufig nicht eingehalten.</p>

on the scope and level of detail of the information to be included in an environmental assessment report within a period of maximum 30 days from the date on which the developer has submitted its request for an opinion;

(c) the time-frames for consulting the public concerned on the environmental report referred to point (b) is between 30 and 90 days;

(d) within 30 days following the completion of the respective consultations under Articles 6 and 7 of Directive 2011/92/EU, the competent authority acknowledges the completeness of the information provided by the developer which is necessary to take an informed decision on the environmental effects of the project. This information shall include the necessary information gathered pursuant to Articles 5, 6 and 7 of Directive 2011/92/EU including, where relevant, specific assessments required under other Union legislation.

If, before the end of the 30 days period, the competent authority considers that it does not have all necessary information to make the informed decision, the developer shall submit that information within a reasonable timeframe. Following the acknowledgment of completeness referred to in this point, the developer

Zu b) und c): Der **BWE begrüßt** die Scoping-Frist. Diese existiert derzeit im nationalen Recht nicht. Damit es nicht zu Verzögerungen kommt, **sollte klargestellt werden**, dass die Fristen aus lit. b) und c) gemeinsam eine Höchstfrist darstellen, also insgesamt maximal 90 Tage für beide Schritte. Dadurch wird eine Addition der Fristen verhindert.

Zu d): Der **BWE begrüßt** grundsätzlich die Frist für die Vollständigkeitsprüfung und die weitere Frist in e). Allerdings **ist nicht ganz nachvollziehbar**, warum die Vollständigkeitsprüfung erst nach formeller Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung (Art. 5-7 UVP-RL) erfolgen soll. Hier bedürfte es einer Klarstellung, auf was genau sich die Vollständigkeitsprüfung bezieht.

Zu e): Der **BWE begrüßt** generell die Frist für die begründete Bewertung der Umweltauswirkungen. Im deutschen Verfahrensrecht wird die abschließende Bewertung gem. § 21 Abs. 1a Nr. 2b) 9. BImSchV im Rahmen des Genehmigungsbescheids getroffen. Der **BWE weist darauf hin**, dass es durch diese Vorschrift

<p>shall not be asked to provide any new information unless duly justified.</p> <p>(e) the competent authority issues a reasoned conclusion on the environmental assessment of the project within a maximum of 90 days following the acknowledgement of completeness referred to in point (d).</p> <p>The deadlines set out in this paragraph shall also apply in case of joint or coordinated procedures where the assessment of the environmental effects of a project under Directive 2011/92/EU is combined with assessments under Directives 92/43/EEC, 2000/60/EC or 2009/147/EC.</p>		<p><u>nicht</u> zu einem zusätzlichen Verfahrensschritt bei der Erteilung der Genehmigung kommen sollte, welcher den Prozess unnötig verzögern würde.</p>
<p>Article 8 Protected species</p> <p>1. When the implementation of plans or when the construction, operation or decommissioning of projects result in the occasional killing or disturbance of birds protected under Directive 2009/147/EC or other species protected under Directive 92/43/EEC, such killing or disturbance of protected species shall not be considered to be deliberate within the meaning of Article 5 of Directive 2009/147/EC and Article 12(1) of Directive 92/43/EEC, provided that the plan or project has adopted appropriate and proportionate mitigation</p>	<p>Diese Bestimmung legt fest, dass gelegentliche Schäden an geschützten Vogelarten und anderen Arten während der Projektdurchführung nicht als vorsätzlich im Sinne der Richtlinie 2009/147/EG und der Richtlinie 92/43/EWG angesehen werden, wenn geeignete und verhältnismäßige Ausgleichsmaßnahmen ergriffen und die besten verfügbaren Technologien berücksichtigt werden, wobei die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, die Wirksamkeit zu überwa-</p>	<p>Der BWE begrüßt diese Klarstellung besonders, da sinnvollerweise nicht mehr auf die Individuen- sondern die Populationsebene abgestellt werden soll. Mit der Änderung von erforderliche Minderungsmaßnahmen („<i>necessary mitigation measures</i>“) (Art. 16b Abs. 2 S. 3 Richtlinie (EU) 2018/2001 (REDIII) in angemessene und verhältnismäßige Minderungsmaßnahmen „<i>appropriate and proportionate mitigation measures and</i></p>

<p>measures and considering the best available technologies to avoid such killing and to prevent disturbance.</p> <p>2. When assessing whether those mitigation measures are appropriate and proportionate to comply with Article 5 of the Birds Directive and Article 12(1) of the Habitats Directive, the competent authority shall take into account whether they ensure that significant adverse impacts on the population of the species concerned is avoided, despite the possible existence of negative impacts on individual specimens of those species. Member States shall ensure that those measures are applied and their effectiveness is monitored and that, in the light of the information gathered, further measures are taken as required to ensure that there are no significant adverse impacts on the population of the species concerned.</p>	<p>chen und die Maßnahmen anzupassen, um erhebliche Auswirkungen auf die Populationen der Arten zu verhindern.</p>	<p><i>considering the best available technologies to avoid such killing and to prevent disturbance</i>“ erfolgt eine Umstellung vom Individenschutz im Einzelfall auf einen Populationsschutz. Der BWE regt eine weitergehende Klarstellung, was unter „<i>best available technologies</i>“ und „<i>occasional killing or disturbance</i>“ zu verstehen ist im Gesetzestext oder in den Erwägungsgründen an. In Erwägungsgrund 34 finden sich hierzu bisher keine Hinweise. Es sollte in jedem Fall verhindert werden, dass durch eine weite Auslegung eine dynamische Anpassungspflicht an die aktuell beste Technologie gefolgert wird</p> <p>Darüberhinaus begrüßt der BWE, dass diese Regelung bestätigt, dass bei Umsetzung von Minderungsmaßnahmen die Verbotsvorschriften mangels Absichtlichkeit nicht mehr greifen. Dies schützt vor Drittklagen.</p> <p>Der BWE begrüßt diese Regelung, insbesondere die Vernachlässigbarkeit des Verlusts von einzelnen Individuen. Zudem kann die Angemessenheit der Maßnahme nur</p>
---	--	--

widerlegt werden, wenn eine Wirkung auf die Population und nicht auf das Exemplar zu erwarten ist. Sollten dennoch Auswirkungen auf die Population zu erwarten sein, dann könnte der Mitgliedstaat diesen durch Artenhilfsmaßnahmen entgegenwirken. Die Verantwortung für unabsichtliche Tötungen tragen nun – richterweise – nicht mehr die Vorhabenträger*innen.

Der **BWE schlägt vor**, die Grundlage (z.B. Daten), auf welcher die Behörde diese Entscheidung treffen soll, weiter zu konkretisieren. In der Praxis fehlen häufig genau diese Datengrundlagen zur Größe einer Population (z.B. bei Fledermäusen). Unionsrechtlicher Bewertungsmaßstäbe (z.B. im Annex in der Toolbox) wären hierfür hilfreich für die Behörden und würden eine zügige Anwendbarkeit unterstützen.

Zudem **regt der BWE an** klarzustellen, dass Maßnahmen zum Schutz eines Individuums (nach dem rechtlichen status quo) auch als populationsschützende Maßnahmen gewertet werden können. Alternativ ist klarzustellen,

		welche Maßnahmen dann in Frage kommen (FCS oder CEF?).
<p>Article 9 Environmental assessment of transboundary effects</p> <p>1. Where a plan, programme or project falling within the scope of this Regulation requires decisions to be taken in two or more Member States, the relevant national competent authorities shall take all necessary steps for efficient and effective cooperation and communication among themselves. Member States shall endeavour to provide for joint procedure and unique point of contact with regard to the assessment of the environmental effects of the plan, programme or project. Upon request from the Member States concerned by a plan, programme or project, the Commission shall act as a facilitator to support cooperation between concerned national competent authorities and facilitate agreement on joint procedure.</p> <p>2. Paragraph 1 is without prejudice to more detailed procedures, including cross-border joint procedures, provided for in other Union legislation regarding cooperation between authorities as regards environmental assessment of transboundary effects.</p>	<p>Die Bestimmung schreibt eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden bei der Bewertung grenzüberschreitender Umweltauswirkungen für Pläne vor, die Entscheidungen mehrerer Staaten erfordern, wobei die Kommission als Vermittler für gemeinsame Verfahren zur Verfügung steht.</p>	

Article 10 Online accessibility of information and digitalisation of the environmental assessments

1. From [OP: please insert the date = six months after the date of entry into force of this Regulation], developers shall be allowed to submit any information related to the environmental assessments and screening procedures in electronic form.

2. From [OP: please insert the date = six months after the date of entry into force of this Regulation], Member States shall provide developers and the public with access to the following information as regards plans, programmes or projects, online and in a centralised and easily accessible manner:

(a) The environmental single points of contact referred to in Article 3;

(b) the progress of the environmental assessments and screening procedures, including the upcoming steps of the procedure and the timeline of those steps, as well as information on dispute settlement;

3. From [OP: please insert the date = twelve months after the date of entry into force of this Regulation], Member States shall ensure that reports and data resulting from environmental assessments and screening procedures, related decisions and monitoring

Diese Bestimmung zielt darauf ab, die Verfahren zur Folgenabschätzung und die damit verbundene Datenverwaltung vollständig zu digitalisieren. In der Zwischenzeit sollte es Projektentwicklern gestattet sein, ihre Anträge digital einzureichen.

Der **BWE begrüßt** die Regelungen in diesem Artikel ausdrücklich. Die vollständige Digitalisierung für die Umweltprüfungen ist unbedingt notwendig, um Verfahren zu beschleunigen.

Der **BWE begrüßt** die Möglichkeit, dass Planungsträger*innen Zugriff auf Umweltinformationen haben. Der BWE fordert bereits die Schaffung einer bundesweiten digitalen Umweltdatenbank mit perspektivisch auch Nutzungsrechten für Planungsträger*innen (s.o. Art. 4). Die klaren Umsetzungsfristen für die Einrichtung und Umstellung auf digitale Prozesse sind sehr positiv zu bewerten.

Der **BWE begrüßt** die Schaffung eines *central online portal* für die Verfahren der Umweltprüfung und mit Zugang zu Umweltinformationen in einer Datenbank.

of environmental effects and procedures are made and remain publicly available in a digital format through a central online portal, in a manner that is compatible with the preservation of business secrets and Union or national data protection requirements. That portal shall be based on a digital geographic information system and shall include all available data on species observations and other environmental and geological data.

4. From [OP: please insert the date = twenty-four months after the date of entry into force of this Regulation], Member States shall ensure that environmental assessment and screening procedures are fully digitalized and enable the re-use of data and documents held by public authorities at national level as well as the sharing of such data between Member States, developers and the public, in a seamless manner. Where appropriate, such procedures shall be interoperable with European Digital Identity Wallets and European Business Wallets. From that date, Member States shall also take the necessary measures to enhance the efficiency and effectiveness of their environmental assessment and screening procedures, including through the use of automated systems. These automated systems shall be aligned with relevant Union

<p>policies, respect data protection and privacy laws, and adhere to principles of transparency and accountability, including human decisional control.</p>		
<p>Article 11 Administrative costs of environmental assessments</p> <p>Member States shall endeavour to waive administrative charges and fees associated with environmental assessments for developers falling within the definition of small mid-cap enterprises under Recommendation (EU) 2025/1099 or within the definition of small and medium-sized enterprises under Recommendation 361/2003/EC.</p>	<p>Diese Bestimmung ermutigt die Mitgliedstaaten, die mit den Umweltprüfungen für ein bestimmtes Projekt verbundenen Verwaltungskosten (Abgaben) zu tragen, um die Kosten für Projektentwickler bei den erfassten vorrangigen Projekten zu senken.</p>	<p>Der BWE begrüßt diese Aufforderung der Mitgliedstaaten Verwaltungskosten für Umweltprüfungen zu senken oder gänzlich zu erlassen.</p>
<p>Article 12 Resources and training</p> <p>Member States shall ensure that the environmental single point of contact and all competent authorities responsible for any step in the screening and environmental assessments procedures, including all procedural steps, have a sufficient number of qualified staff and sufficient financial, technical and technological resources necessary, including, where appropriate, for up-skilling and re-skilling of staff, for the effective performance of their tasks under this Regulation and under the Directives referred to in Article 1.</p>	<p>Diese Bestimmung verpflichtet die Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass die einheitliche Anlaufstelle für Umweltfragen und die für die Prüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung zuständigen Behörden über ausreichendes Personal und ausreichende Ressourcen verfügen, einschließlich Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung und Umschulung, damit sie ihre Aufgaben gemäß dieser Verordnung und den damit verbundenen Richtlinien wirksam erfüllen können. Diese Bestimmung zielt darauf ab, die administrati-</p>	<p>Der BWE begrüßt diese Regelung. Für eine Umsetzung der ambitionierten Regelungen für die Beschleunigung von Umweltprüfung bedarf es ausreichend geschulten Personals sowie technischer und finanzieller Ressourcen in den Behörden.</p>

	<p>ven und technischen Kapazitäten in den Mitgliedstaaten zu stärken, um schnelle und qualitativ hochwertige Umweltverträglichkeitsprüfungen zu ermöglichen.</p>	
<p>Article 13 Applicability of United Nations Economic Commission for Europe Conventions</p> <p>Members of the public shall be afforded the right of access to environmental information, participation in decision making and access to justice concerning plans, programmes or projects referred to in Article 1(1), in line with the United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) Convention on Access to Information, Public Participation in Decision-making and Access to Justice in Environmental Matters, signed at Aarhus on 25 June 1998, and under the UNECE Convention on environmental impact assessment in a transboundary context, signed at Espoo on 25 February 1991 and its Protocol on Strategic Environmental Assessment, signed in Kyiv on 21 May 2003.</p>	<p>Diese Bestimmung soll an die Rechte der Öffentlichkeit erinnern, die gemäß den Übereinkommen von Aarhus und Espoo das Recht auf Zugang zu Umweltinformationen, Beteiligung an Entscheidungsprozessen und Zugang zu Gerichten haben.</p>	
<p>Article 14 Toolbox for strategic sectors or categories</p> <p>1. The provisions set out in the Annex shall apply where existing sectorial Union legislation defines strategic sectors or categories of strategic projects and aims to speed up permitting, provided that those projects</p>	<p>Diese Bestimmung bezieht sich auf eine Toolbox, die für strategische Sektoren oder Kategorien gilt und im Anhang aufgeführt ist.</p>	

<p>contribute to resilience and decarbonisation or resource efficiency.</p> <p>The Commission is empowered to adopt an implementing act identifying strategic projects for the construction and renovation of residential affordable or social buildings, as well as the necessary infrastructure that directly serves those buildings. The provisions set out in the Annex shall apply to those projects.</p> <p>2. The provisions set out in the Annex shall also apply to strategic sectors or categories of projects defined in future Union legislation which refers to this Regulation, provided that those projects contribute to resilience and decarbonisation or resource efficiency.</p>		
<p>Article 15 Notification of national implementing rules and measures</p> <p>If Member States lay down rules and measures on the practical implementation of this Regulation, they shall notify the Commission of those rules and measures and, without delay, of any subsequent amendments affecting them.</p>		
<p>Article 16 Entry into force and application</p>		

<p>This Regulation shall enter into force on the 20th day following that of its publication in the <i>Official Journal of the European Union</i>.</p> <p>Article 3(1) and Article 10 shall apply as of the date provided for in those provisions.</p> <p>This Regulation shall be binding in its entirety and directly applicable in all Member States.</p>		<p>Der BWE begrüßt die Rechtswahl der Verordnung und die daraus folgende unmittelbare Anwendbarkeit der Regeln. Zudem begrüßt der BWE die ambitionierten Vorgaben für die Umsetzung der digitalen Portale in den Mitgliedstaaten. Hierauf warten die Beteiligten der Umweltprüfungen schon seit Jahren.</p>
<p>Annex</p> <p><i>Toolbox for strategic sectors or categories</i></p> <p>I. Overriding public interest</p> <p>For projects referred to in Article 14(1) of this Regulation and where Union legislation refers to this provision according to Article 14(2) of this Regulation, then, with regard to the environmental assessments and the obligations referred to in Article 4(7) of Directive 2000/60/EC, Article 9(1), point (a), of Directive 2009/147/EC, Articles 6(4) and 16(1) of Directive 92/43/EEC, certain projects developed for strategic sectors or categories shall be considered to be of public interest and may be considered to have an overriding public interest and to serve the interests of public health and safety provided that all the conditions set out in those Directives are fulfilled.</p>	<p>Bestimmte Projekte, die für strategische Sektoren oder Kategorien entwickelt wurden, gelten als im öffentlichen Interesse liegend und können als von überwiegendem öffentlichem Interesse und im Interesse der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit liegend angesehen werden, sofern alle in diesen Richtlinien festgelegten Bedingungen erfüllt sind.</p>	

<p>When assessing the fulfilment of the conditions referred to in paragraph 1, the strategic nature of the project, shall be given specific consideration. In such case, Member States may, in duly justified and specific circumstances, to restrict the application of this paragraph to certain parts of their territory, to certain types of technology or to projects with certain technical characteristics.</p> <p>II. Tacit approval</p> <p>For projects referred to in Article 14(1) of this Regulation and where Union legislation refers to this provision according to Article 14(2) of this Regulation, then, in the authorisation procedures for projects developed for strategic sectors or categories, Member States shall ensure that the lack of reply by the relevant competent authorities within the established deadline results in the specific intermediary administrative steps to be considered as approved, except where the specific project is subject to an environmental impact assessment pursuant to Directives 2000/60/EC, 2009/147/EC, 2011/92/EU or Directive 92/43/EEC or where the principle of administrative tacit approval does not exist in the national legal system of the Member State concerned.</p>	<p>Beschränkungsmöglichkeit in Ausnahmefällen</p> <p>Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass das Ausbleiben einer Antwort der zuständigen Behörden innerhalb der festgelegten Frist dazu führt, dass die spezifischen verwaltungsrechtlichen Schritte als genehmigt gelten, es sei denn, das spezifische Projekt unterliegt einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß den einschlägigen Umwelt-Richtlinien. (Genehmigungsfiktion)</p>	
---	--	--

<p>The previous paragraph shall not apply to final decisions on the outcome of the permit-granting procedure, which shall be explicit. All decisions shall be made publicly available.</p> <p>III. Dispute settlement</p> <p>For projects referred to in Article 14(1) of this Regulation and where Union legislation refers to this provision according to Article 14(2) of this Regulation, then all dispute resolution procedures, litigation, appeals and judicial remedies related to projects within strategic sectors or categories before any national courts, tribunals or panels, including with regard to mediation or arbitration, where they exist in national law, shall be treated as most expeditious if and to the extent to which national law provides for such expediated procedures and provided that the usually applicable rights of defence of individuals or of local communities are respected.</p>	<p>Der vorstehende Absatz gilt nicht für endgültige Entscheidungen über das Ergebnis des Genehmigungsverfahrens, die ausdrücklich zu treffen sind.</p> <p>Alle Gerichtsverfahren sollten als besonders eilig behandelt werden, sofern und soweit das nationale Recht solche beschleunigten Verfahren vorsieht und vorausgesetzt, dass die üblicherweise geltenden Verteidigungsrechte von Einzelpersonen oder lokalen Gemeinschaften gewahrt bleiben.</p>	
--	---	--

Impressum

Bundesverband WindEnergie e.V.
EUREF-Campus 16
10829 Berlin
030 21234121 0
info@wind-energie.de
www.wind-energie.de
V.i.S.d.P. Wolfram Axthelm

Foto

Pixabay (CCO)

Haftungsausschluss

Die in diesem Papier enthaltenen Angaben und Informationen sind nach bestem Wissen erhoben, geprüft und zusammengestellt. Eine Haftung für unvollständige oder unrichtige Angaben, Informationen und Empfehlungen ist ausgeschlossen, sofern diese nicht grob fahrlässig oder vorsätzlich verbreitet wurden.

Der Bundesverband WindEnergie e. V. ist als registrierter Interessenvertreter im Transparenzregister der Europäischen Union unter der Registernummer REG 554370792670-41 eingetragen.
Den Eintrag des BWE finden Sie [hier](#).

Der Bundesverband WindEnergie e.V. ist als registrierter Interessenvertreter im Lobbyregister des Deutschen Bundestages unter der Registernummer R002154 eingetragen.
Den Eintrag des BWE finden Sie [hier](#).

Ansprechperson

Laura Sophie Hemper | Justiziarin | l.hemper@wind-energie.de

Autor*innen in alphabetischer Reihenfolge

Elisabeth Görke | Justiziarin
Laura Sophie Hemper | Justiziarin
Janna Hilger | Fachreferentin Planung/Genehmigung/Länderkoordination
Luca Liebe | Senior Referent Europapolitik
Tristan Stengel | Fachreferent Netze

Beteiligte Gremien und Landesverbände

Gesamtvorstand
Juristischer Beirat Sprecherkreis
Juristische AG Planung | Genehmigung | Netze | Energierecht | Unternehmensjuristen | Naturschutz | Akzeptanz und Beteiligung
Arbeitskreis Energiepolitik
Arbeitskreis Netze
Planerbeirat
Naturschutzbeirat Vorstand

Datum

14. Januar 2026